

Region

Rote Laterne bei geschädigten Kronen

■ Forstamt im Kelterner Gemeinderat: Dramatische Entwicklung im Wald.

■ Enzkreis heißes Pflaster mit ungemein negativen Folgen.

PETER MARX | ENZKREIS/KELTERN

Diese Kunde war wahrlich keine frohe: Der stellvertretende Leiter des Enzkreis-Forstamts, Michael Gerster, hat die Mitglieder des Kelterner Gemeinderats am Dienstagabend mit unangenehmen Wahrheiten im Hinblick auf den Zustand des hiesigen Waldes konfrontiert. Gersters Vortrag und das dazugehörige Schaubild im Ratsaal ließen aufhorchen. Die Abbildung zeigte nach baden-württembergischen Landkreisen aufgeschlüsselt den Anteil an Bäumen mit einer Kronenverlichtung von mindestens 50 Prozent. Gerster: „Besonders betroffen sind der Enzkreis und der Kreis Tübingen.“ Den höchsten Anteil an Bäumen mit einer Kronenverlichtung im Südwesten habe der Enzkreis mit einem Wert von 27,1 Prozent. Revierförster Ralf Rothweiler sekundierte, dass man auf Kelterner Markung die Problematik beispielsweise gut im Bereich des Niebelsbacher Apothekerwäldes bei Buchen erkennen könne. Grundsätzlich gilt: Die erwähnte Kronenverlichtung beschreibt den sicht- und messbaren Nadel- oder Blattverlust einer Baumkrone. Kommt es in einem signifikanten Ausmaß dazu, kann sich die betroffene Pflanze zumeist nicht mehr revitalisieren und stirbt ab.

Die Diskussion im Kelterner Gemeinderat fand vor dem Hintergrund der Beschlussfassung über den Kultur- und Nutzungsplan 2024 für den kommunalen Forst statt. Rothweiler wies aufgrund des hohen Schadanteils darauf hin, dass mittlerweile der Anteil der zufälligen Nutzung bei rund 40 Prozent liege. Eine zufällige und somit nicht planvolle Nutzung trete dann ein, wenn Bäume aufgrund von Dürre- und Trockenschäden beziehungsweise in der Folge als Käferholz entnommen würden. Die Forstexperten plädierten für einen klimastabilen Umbau der Wälder. Der Enzkreis sei von Hitze und Dürre besonders



Buchensterben bei Maulbronn: Dieses Drohnenbild des Enzkreis-Forstamts zeigt symptomatisch die Dürrefolgen in der Region.

ARCHIVFOTO: ENZKREIS-FORSTAMT

Haushaltseinbringung in Keltern: „Ein Buch der Realitäten ohne Happy End“

Die Weinbaugemeinde Keltern gilt als Kommune, die auf eine gut gefüllte Kasse zurückgreifen kann. Doch auch dort wird mittlerweile nur noch mit Wasser gekocht. Die Auswirkungen internationaler und nationaler Entwicklungen seien über Jahre hinweg deutlich zu spüren, bekannte Bürgermeister Steffen Bochinger. Bei der Haushalts-einbringung herrschte deshalb **nüchterer Realismus** vor. Von einem „Plan“ sei man weit entfernt. Beim 2024er-Budget handele es sich um „ein Buch der Realitäten ohne Happy End“. „Nice to have“ werde immer mehr zum **Wunsch-**

gedanken, räumte der Rathauschef ein. Zu viel sei international aus den Fugen geraten. Und die Kommunen in Deutschland müssten am Ende enorm viele Dinge auffangen und abfedern. Bei ordentlichen Aufwendungen von 25,4 Millionen Euro und ordentlichen Erträgen von 23,3 Millionen Euro komme man auf ein negatives Ergebnis von 2,1 Millionen Euro. Es beruhige in diesem Zusammenhang nicht, dass man auch in den zurückliegenden beiden Jahren anfänglich jeweils mit einem defizitären Budget gerechnet habe und aufgrund von positiven Einnahmeeffekten dann doch auskömmlich aus der Misere ge-

kommen sei. Man wolle sich 2024 maßgeblich auf das Abarbeiten begonnener Projekte konzentrieren.

„Deshalb heißt das bei uns auch Kernhaushalt.“

Bürgermeister **STEFFEN BOCHINGER** schmunzelnd bei seiner Rede zur Haushalts-einbringung vor dem Hintergrund, dass es sich beim Kelterner Kämmerer um Frank Kern handelt.

Steuerungsmöglichkeiten habe die Gemeinde nur wenige. **Die Haushaltsdiskussion werde zeigen, ob man bei Steuern und Abgaben die Einnahmeseite stärken wolle oder**

gar müsse. Auf jeden Fall wolle man an der anstehenden Grundsteuerreform nicht verdienen. Allein für die Flüchtlingsunterbringung müsse die Kommune wieder einen sechsstelligen Betrag einplanen. Keltern werde es zwar auch 2024 schaffen, den Haushalt auszugleichen, aber nur aufgrund von Rücklagen aus wirtschaftlich guten Jahren, so Bochinger. Zu den großen Brocken im Investitionshaushalt zählen Feuerwehr und Katastrophenschutz mit 7,4 Millionen Euro sowie der Hochwasserschutz mit neun Millionen Euro (bei sechs Millionen Zuschuss). **mar**

betroffen. In schöner Regelmäßigkeit heiße es im Sommer, dass Mühlacker zu den wärmsten Orten im Südwesten zähle. Die Kehrseite der Medaille bestehe darin, dass der Wald immer mehr mit den Folgen zu kämpfen habe und den Kampf verliere. Hinsichtlich des Enzkreises hätten Buchen und Kiefern mittlerweile flächendeckend Probleme, bei der Eiche seien es Einzel Exemplare, die dem Druck nicht mehr standhielten. Bezogen auf Keltern wurde bei-

spielhaft erwähnt, dass ausgangs des Sommers in den Herbst hinein Douglasien und Kiefern in Niebelsbach Ausfälle aufgrund von Dürrefolgen aufwiesen. Hinsichtlich der Forstwirtschaft in Keltern bezeichnete Rothweiler den Einsatz eigener Waldarbeiter als sinnvoll und beantwortete damit eine Nachfrage von Johannes Riegsinger (FWG). Rothweiler plädierte überdies für eine Wiederbesetzung der dritten Waldarbeiterstelle in Keltern. Christin Grüne (Grü-

ne) kam auf die Bundesförderung des klimaangepassten Waldmanagements zu sprechen und regte an, noch mehr Initiativen und Projekte durch den kommunalen Forst etwa bei Biotopen und Wasserspeicherung zu ermöglichen. Rothweiler versprach, diese Anregung mitzunehmen. Ähnlich wie bei der Anregung von Susanne Nittel (SPD) auch an Vorhaben zu denken, die gut fürs Ökokonto seien. Allerdings musste Nittel zunächst zur Kenntnis nehmen, dass

seitherige Pflegemaßnahmen zum normalen Prozedere gezählt hätten, so Rothweiler – ohne Chance auf Ökopunkte. Quasi in einem Nebensatz erwähnte Gerster, dass es aufgrund der Folgen des Verfassungsgerichtsurteils momentan unklar sei, in welcher Form das Förderprogramm des klimaangepassten Waldmanagements zum Zuge kommen könne. Bürgermeister Steffen Bochinger wies darauf hin, dass es am 20. Januar in Keltern eine Waldbegehung gebe.

Aus dem Ratsaal Keltern

■ **Anträge auf Investitionsförderung** von Vereinsvorhaben für das Haushaltsjahr 2024 haben auf der Tagesordnung des Kelterner Gemeinderats gestanden. Im Kern ging es um ein Projekt der Naturfreunde Dietlingen hinsichtlich des Austauschs von zwei Kachelöfen. Ferner drehte sich die Diskussion um zwei Themen beim Tennisclub Keltern. Einerseits ging es um die Digitalisierung des Tennisplatzes mittels Wingfield System, andererseits um die Errichtung von Fahrradstellplätzen.

Im Gremium wurde nach anfänglich kontroverser Aussprache klar, dass man die genannten Projekte unterstützen wolle, obwohl sie aus unterschiedlichen Gründen nicht in jedem Fall ins kommunale Förderraster passen. Allerdings unterstrichen Verwaltung und Gemeinderat, dass es möglich sei, dass dennoch im Zuge von Einzelfallentscheidungen Unterstützung gewährt werden könne. In jedem der drei Fälle wurde dann freilich eine Konkretisierung mit den Beschlüssen verbunden. Bei den Kachelöfen müsse klar sein, dass sie dem Beherbergungsbetrieb dienen und nicht dem Wirtschaftsbetrieb. In Bezug auf die Tennisplatzdigitalisierung solle der Club seine Gemeinnützigkeit demonstrieren, auch weiterhin an der Ferienbetreuung teilzunehmen. Und im Fall der Fahrradstellplätze sei es notwendig, dass die Installation auch vom Turnverein genutzt werden könne. Die Unterstützung erfolgte einmütig.

■ **Bei der Vorberatung** zum Haushalt des Eigenbetriebs Wasserversorgung ging es um eine Planungsrate für die perspektivische Sicherung der Wasserversorgung, um den Ausbau der Ortsdurchfahrt Niebelsbach und um den Kelterner Anteil an der Sanierung der Dennaacher Quellen. **mar**

Geldsegen für Einrichtungen



DIE IMO OBERFLÄCHENTECHNIK GMBH feierte vor wenigen Wochen ihr 50-jähriges Firmenjubiläum. Gemeinsam mit ihren Kunden, Lieferanten, Geschäftspartnern und Mitarbeitern wurde dieser Abend zu einem unvergesslichen Erlebnis. Bereits im Vorfeld zum Jubiläum hatte das Unternehmen gebeten, dass die eingeladenen Geschäftspartner anstelle von Geschenken gerne an eine regionale soziale Einrichtung spenden dürfen. „Dass wir, dank unserer Gäste, nun eine Spendensumme in Höhe von 30 000 Euro bekommen haben, ist einfach großartig“, freut sich IMO-Geschäftsführer Bernd Müller bei der Übergabe. IMO hat die Summe auf 50 000 Euro aufgestockt, die an drei soziale Einrichtungen aus Pforzheim und dem Enzkreis geht. **pm**

FOTO: IMO

Aus dem Ratsaal Wimsheim

■ **Flüchtlingsunterkunft:** Der Wimsheimer Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung dem Bauantrag der Verwaltung für den Neubau einer Flüchtlingsunterkunft mit großer Mehrheit bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Die Gemeinde hatte die Bevölkerung bereits im Oktober im Rahmen einer Info-Veranstaltung in der Hagenschießhalle über das Vorhaben informiert (die PZ berichtete). Entstehen soll auf dem gemeindeeigenen Grundstück zwischen Pfadweg und Frielzheimer Straße, in unmittelbarer Nähe zur alten TSV-Halle, eine Flüchtlingsunterkunft für regulär 41 und maximal 82 Menschen. Kostenpunkt: rund 4,5 Millionen Euro, abzüglich Zuschüssen. Beate Lämmle-Koziollek (Wimsheim Miteinander) und Bertold Lauser (Freie Wähler) enthielten sich bei der Abstimmung. Lauser sagte, er könne dem Bauantrag nicht zustimmen und forderte den Rat auf, sich geschlossen gegen das Vorhaben auszusprechen. Bürgermeister Mario Weisbrich erinnerte: „Ob wir bauen oder nicht, haben wir schon entschieden.“ Im April habe sich



Zwischen Pfadweg und Frielzheimer Straße soll die Unterbringung für Geflüchtete und Obdachlose entstehen.

ARCHIVFOTO: KOST

der Rat, so Weisbrich auf Nachfrage der PZ, in einer nicht-öffentlichen Sitzung mit den vorhandenen Kapazitäten, den Rahmenbedingungen der angemieteten Objekte, als auch den aktuell untergebrachten Menschen intensiv beschäftigt und ein Konzept zur Schaffung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten beraten. Der jetzt behandelte Bauantrag sei das Ergebnis beziehungsweise die Folge aus dieser Beratung. Weisbrichs Tenor am Sitzungsabend, dem sich auch Hans Lauser (Bürger für Wimsheim) anschloss: Die Gemeinde habe ansonsten keinen Wohnraum, keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr. Das Vorhaben müsse – trotz der finanziellen Belastung – realisiert werden. „Wir können die Leute ja nicht auf die Straße legen“, so Hans Lauser.

Bebauung Breitlohweg/Falltor: Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. Juli sind Bebauungspläne, die im beschleunigten Verfahren nach Artikel 13b des Baugesetzbuchs (BauGB) angedeutet wurden, unwirksam, da sie nicht mit europäischem Recht vereinbar sind. Für das geplante Neubaugebiet Breitlohweg/Falltor bedeutet dies, dass nun eine formale Umstellung auf das Regelverfahren folgen muss und das Umlenungsverfahren neu eingeleitet wird. Inhaltlich soll sich an den bisherigen Plänen nichts ändern. Ärgerlich für die Grundstücksbesitzer: Der Baubeginn verschiebt sich somit aufs Frühjahr 2025, private Bauvorhaben können ab Herbst 2026 starten.

■ **Wasser und Abwasser:** Die Gemeinde hat die Wasserversor-

gungsgebühren sowie die Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren zuletzt 2017 angepasst. Die beauftragte Neukalkulation der Sätze ist nun abgeschlossen. Die Wasserversorgung wird netto um 0,31 Euro (zuzüglich sieben Prozent Mehrwertsteuer) pro Kubikmeter teurer. Die Erhöhung erfolgt in zwei Schritten: ab 2024 um 15 Cent und ab 2025 um weitere 16 Cent. Die Gebühren für Schmutzwasser beziehungsweise Niederschlagswasser erhöhen sich um 0,23 Euro beziehungsweise 0,05 Euro. Dies hat der Rat einstimmig beschlossen.

■ **Die Elternbeiträge** zur Benutzung der Kindertageseinrichtungen und der Kernzeit erhöhen sich nach einem einstimmigen Beschluss und nach Empfehlung des Kuratoriums Kinderbetreuung um 8,5 Prozent. Die Kindergartengebühr (Ü3) erhöht sich um 9 Prozent, wobei dafür auf die separate Abrechnung des Getränkergeldes verzichtet wird. Hintergrund der Erhöhung seien laut Verwaltung die Steigerung der Personalkosten sowie deutlich gestiegene Gebäudebetriebskosten.

■ **Gemeinderatssitzungen** sollen auf Wunsch der Verwaltung und nach Zustimmung des Rates ab 2024 um 18 Uhr beginnen. **sti**